Erfahrungen aus der Praxis

Zur Rechtsprechung bei vorsätzlichen Körperverletzungen

Das Oberste Gericht der DDR hat auf seiner Plenartagung am 13. Mai 1987 richtungweisende Orientierungen für die künftige Rechtsprechung u. a. bei vorsätzlichen Körperverletzungen vermittelt¹. Das Plenum hat hervorgehoben, daß die Gerichte mit ihrer Rechtsprechung dazu beitragen, solche Verfassungsrechte, wie die Unantastbarkeit der Persönlichkeit, der Freiheit und Würde des Menschen, wirksam zu schützen. Dabei wächst auch die Bereitschaft der Bürger, sich für die öffentliche Ordnung und Sicherheit sowie für die Durchsetzung der Gesetze engagiert einzusetzen. Diese demokratische Mitwirkung drückt die weitere Stärkung des Vertrauensverhältnisses zur sozialistischen Ordnung und die Gewißheit der Bürger aus, daß alles getan wird, ihr Leben in Sicherheit zu gestalten.

Vorsätzliche Körperverletzungen weisen seit mehreren Jahren eine rückläufige Tendenz auf. Das gilt auch für den Anteil jugendlicher Täter an diesen Delikten. So gab es 1986 insgesamt 9 842 vorsätzliche Körperverletzungen (§§ 115, 116 StGB). Bezogen auf 100 000 der Bevölkerung sind das 59 derartige Straftaten (insgesamt 290 weniger als im Vorjahr).^{1, 2} Das ist ein sehr niedriger Stand. Vergleichsweise gab es in der BRD 1986 allein 64 097 schwere und gefährliche Körperverletzungen.³

Die in der DDR begangenen vorsätzlichen Körperverletzungen sind in ihrer Erscheinungsform nach wie vor sehr vielfältig. Neben den unterschiedlichsten Auswirkungen spielen vor allem die Motive und Anlässe ihrer Begehung (vom familiären Streit bis hin zum bewußt rücksichtslosen, brutalen bzw. provozierenden Vorgehen) für die richtige Bewertung der Handlung und das wirksame Reagieren auf diese Erscheinungen eine große Rolle. Bei vorsätzlichen Körperverletzungen mit geringer Tatschwere wurden im Jahre 1986 zutreffend 43,1 Prozent der Straftaten an die gesellschaftlichen Gerichte übergeben, und 77,4 Prozent der von den staatlichen Gerichten Verurteilten erhielten eine Strafe ohne Freiheitsentzug. Darin kommt zum Ausdruck, daß die begangenen vorsätzlichen Körperverletzungen überwiegend weniger schwerwiegend sind. Bei brutalem Vorgehen mit erheblichen Schäden und schweren Körperverletzungen wurde auf nachhaltige Freiheitsstrafen erkannt. Bei den Geldstrafen ist der Anteil von über 1 000 M zu Recht angestiegen.

Ausgehend von Ergebnissen der 3. Plenartagung des Obersten Gerichts ergeben sich eine Reihe spezifischer Gesichtspunkte für die weitere Rechtsprechung, auf die nachfolgend hingewiesen werden soll.

Anleitung zu richtigem Bewerten der vorsätzlichen Körperverletzungen

Wie auch die Bezirksgerichte zur Rechtsprechung bei vorsätzlichen Körperverletzungen einschätzen, ist das richtige Bewerten der Erscheinungen und Auswirkungen dieser Kriminalität in unserer Gesellschaft eine wesentliche Grundlage für richtig differenziertes Reagieren. Die zutreffende politisch-juristische Wertung derartiger Angriffe auf die Bürger — gemessen am gesellschaftlich berechtigten Anspruch auf Geborgenheit, auf Rechtssicherheit und Gesetzmäßigkeit und an dem berechtigten Vertrauen der Bürger darauf, daß dies in unserem Staat auch garantiert wird — ist ein wichtiger Ausgangspunkt für die Rechtsprechung bei der Bekämpfung von vorsätzlichen Angriffen auf die Gesundheit der Bürger. Diese Forderung schließt die differenzierte Anwendung der verschiedenen Maßnahmen strafrechtlicher Verantwortlichkeit ein.

Damit erhöhen sich die Anforderungen an die Gerichte, den Maßstäben für die höhere Qualität der Arbeit bei der Verwirklichung unserer Verfassungsgrundsätze stets gerecht zu werden.

Für die Verwirklichung dieser Ziele ist es entscheidend, die erreichten positiven Arbeitsergebnisse zu stabilisieren und die Leitungstätigkeit der Direktoren der Kreisgerichte und der Rechtsmittelsenate der Bezirksgerichte noch stärker darauf auszurichten. Eine wichtige Arbeitsgrundlage für die Tätigkeit der zweiten Instanz sind vor allem die auf der 10. Ple-

nantagung des Obersten Gerichts vom 19. Dezember 1984 gegebenen Orientierungen.⁴

Für die Rechtssicherheit und das Vertrauensverhältnis der Bürger zur sozialistischen Staatsmacht ist die einheitliche Rechtsanwendung unabdingbar. Die Bezirksgerichte haben vielfältige Anstrengungen unternommen, die Rechtsprechung so anzuleiten, wie dies durch zentrale Leitungsdokumente gefordert wurde.⁵ Ohne kontinuierliche Kontrolle der Umsetzung der festgelegten Aufgaben können jedoch dauerhafte Veränderungen nicht genügend gesichert werden. Bewährt hat sich, wenn die Bezirksgerichte auch durch Kassationsverfahren entsprechende Maßstäbe setzen, die der Einheitlichkeit der Rechtsanwendung und Strafzumessung dienen.

Zu Problemen der Strafzumessung

Um eine noch bessere Differenzierung zu erreichen, kommt es vor allem auf die richtige Bewertung der Tatfolgen, der Tatmotive und der Schuld an. Damit wird gesichert, daß die erkannte Maßnahme tat- und täterbezogen nachhaltig wirkt, d. h. zur Verwirklichung der Strafzwecke gemäß Art. 2 StGB in ihrer Einheit von Schutz, Vorbeugung und Erziehung beiträgt.

Besonderere Beachtung bedarf die Strafzumessung im Zusammenhang mit Strafbefehlsverfahren. Mitunter werden Strafbefehle bei Körperverletzungsdelikten in vergleichbaren Fällen mit sehr unterschiedlichen Strafen erlassen oder vorwiegend unter dem Gesichtspunkt einer rationellen Arbeitsweise angewendet. Mittels Strafbefehl darf jedoch nur nach gründlicher Prüfung aller Voraussetzungen für eine derartige Entscheidung auf eine Strafe erkannt werden. Dabei ist auch festzustellen, ob eine Aussprache mit dem Beschuldigten gemäß § 271 Abs. 2 StPO notwendig ist. Nachdrücklich ist daher darauf zu verweisen, daß zu einer differenzierten Strafpraxis auch eine ausgewogene, nach einheitlichen Kriterien gestaltete Strafzumessung durch Strafbefehle gehört.

Mehr Aufmerksamkeit erfordert auch die Begründung der erkannten Zusatzstrafen und anderen Maßnahmen. Es gibt Entscheidungen, in denen z. B. nicht dargelegt wird, weshalb auf eine Zusatzgeldstrafe oder Maßnahme gemäß § 48 StGB erkannt wurde. Das aber mindert die Überzeugungskraft der Entscheidung.

Werden vorsätzliche Körperverletzungen im Zusammenhang mit ständigem Alkoholmißbrauch begangen, wird von der Möglichkeit der Anordnung fachärztlicher Heilbehandlung gemäß § 27 StGB Gebrauch gemacht. Das ist teilweise auch gerechtfertigt. Jedoch sollte diese Bestimmung, ausgehend von entsprechenden Erfahrungen, nicht als ein „Allheilmittel“ gegen krankhafte Alkoholabhängigkeit oder jeglichen Alkoholmißbrauch angesehen werden. Bei extremer Alkoholabhängigkeit oder bereits erfolglos gebliebenen Alkoholentziehungskuren sollte § 27 StGB nicht angewendet werden, weil in solchen Fällen die Beeinflussung des Alkoholmißbrauchs auf diese Weise von vornherein als „erfolglos“ erkennbar ist.

Zur Sachaufklärung und Beweisaufnahme

Einschätzungen der Rechtsprechung weisen darauf hin, daß der Sachaufklärung auch künftig große Aufmerksamkeit zukommen muß. Die im Eröffnungsverfahren zu treffenden Entscheidungen schließen auch ein, die Sache evtl. zur Nachermittlung zurückzugeben, um die gerichtliche Hauptverhandlung nicht zum Experimentierfeld für die Feststellung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit zu machen, wenn der Tatverdacht noch nicht hinreichend geklärt wurde oder das Ermittlungsergebnis hinsichtlich anderer wesentlicher Umstände Widersprüche oder Lücken aufweist, deren Klärung

1 Vgl. NJ 1987, Heft 7, S. 258 ff.; OG-Informationen 1987, Nr. 3, S. 3 ff.

2 Vgl. dazu „Aus der DDR-Kriminalstatistik 1986“, NJ 1987, Heft 7, S. 287.

3 Vgl. 1986 — Jahr der bisher höchsten Kriminalität in der BRD“, NJ 1987, Heft 7, S. 278.

4 Vgl. die Materialien der 10. Plenartagung des Obersten Gerichts vom 19. Dezember 1984, OG-Informationen 1984, Nr. 6, S. 3 ff. und 9 ff.

5 Vgl. hierzu u. a. die Materialien der 5. Plenartagung des Obersten Gerichts vom 30. Juni 1983, OG-Informationen 1983, Nr. 4, S. 3 ff., sowie die in OG-Informationen 1983, Nr. 4, S. 29, genannten Entscheidungen des Obersten Gerichts.